59. Jahrgang No. 524

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Dienstag, 7. November 1911

Der metallische Nachgeschmack.

Die großartigen Kongoerwerbungen der Herren v. Kiderlen-Waechter und v. Bethmann Hollweg, über die unsere Offiziösen — die angestellten und die freiwilligen — um die Wette entzückt sind, bringen uns nicht nur Tsetsefliegen und Schlafkrankheit, ein durch rücksichtslose Ausbeutungspolitik devastirtes Kolonialgebiet, sondern auch erhebliche Mehrkosten der Verwaltung. Denn es ist klar, daß zur Sicherung dieses Gebietes eine bedeutende Vermehrung der Kamerunner Schutztruppe notwendig ist. Das wird auch bereits in den Erörterungen über den Nachfolger des Herrn v. Lindequist rückhaltlos zugegeben. Man nennt hier immer noch an erster Stelle den ostafrikanischen Gouverneur v. Rechenberg, den Kandidaten des Zentrums, der natürlich bei Bethmann Hollweg die besten Aussichten hat. Gleichzeitig wird aber darauf hingewiesen, daß man im Reichskolonialamt auf einen „äußerst energischen Staatsmann" wartet. (Da wird man unter dem Kurse Bethmann lange warten können!) Denn, so führt eine Korrespondenz aus:

Eine schwere Arbeitslast wird dem künftigen Staatssekretär auf die Schultern gelegt. Große Schwierigkeiten werden ihm erwachsen, wenn er dem neuen Reichstage die Summen, die die Uebernahme des Kongogebietes verursachen wird, vorlegt.

Der Kolonialetat wird durch das Kongogebiet um fünf Millionen jährlich mehr belastet werden, und zwar allein für den militärischen Schutz der Kolonie. Daß für den Verkehr, für Anlagen wirtschaftlicher Natur und anderes ebenfalls große Mittel erforderlich sein werden, ist klar. Und dazu kommt, daß die wichtigsten „Konzessionsgesellschaften", bezüglich deren beide Regierungen alle Rechte und Pflichten erwerben, die sich aus den Konzessionsurkunden ergeben, sich, wie das „Berliner Tageblatt" ausführt, am 10. Juli als „Compagnie forestière" fusioniert haben und seither nicht mehr Konzessionsgesellschaften sind. Diese „Compagnie forestière" fällt also nicht mehr unter die für Konzessionsgesellschaften geltenden Bestimmungen, und ihr Vertrag kann somit nicht einseitig durch einen Hoheitsakt geändert werden. Sie hat gegen Rückgabe ihrer Konzession von der französischen Regierung einen zweiseitigen Vertrag erlangt, der jetzt dazu führt, daß sie ihre Rechte und Pflichten gegenüber dem französischen Staate behält. Die französische Regierung kann sich von der Verpflichtung, die sie gegenüber der Gesellschaft eingegangen ist, auch nicht durch einen Staatsvertrag lösen, sie muß der Gesellschaft ihre Rechte dauernd — das heißt noch etwa zwanzig Jahre lang — garantieren und muß überall dort, wo die deutsche Regierung nun die Rechte der Gesellschaft zu beschränken sucht, dieser „Compagnie forestière" vertragsmäßig ihren Beistand leihen. Das kann hübsche Konflikte geben, auf die Herr Caillaux in seiner Sonntagsrede schon verheißungsvoll hingedeutet hat! Unser neuer Platz an der Sonne berechtigt also zu den schönsten Erwartungen!

*

Ein Marokkoprozeß

ist auch schon in Sicht. Die mehrfach erwähnte Behauptung, wonach kurz nach der Entsendung des „Panthers" einer großen Anzahl von Politikern und Journalisten im Auswärtigen Amt erklärt worden sein soll, Deutschland werde eine Siedelungskolonie in Marokko erwerben, soll jetzt vor Gericht unter Beweis gestellt werden. Die „Post" teilt mit, in dem Prozeß, den sie und die „Tägl. Rundschau" angestrengt, um die in dem Wort „Mannesmannpresse" zusammengefaßten Beschuldigungen zurückzuweisen, werde die Behauptung öffentlich wiederholt werden, und zwar „unter Zeugeneid und, wenn man will, unter Nennung der Namen der in Betracht kommenden Persönlichkeiten des Auswärtigen Amtes." Man darf wohl erwarten, daß irgendein Abgeordneter im Reichstag auch über diese Angelegenheit den Reichskanzler befragen wird.

Das Marokko-Abkommen vor der Deputiertenkammer.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 7. November.

Die Regierung wird in der heutigen Kammersitzung die Festsetzung der Tagesordnung beantragen. Die Kammer wird sich mit drei Hauptfragen zu beschäftigen haben, nämlich in erster Linie mit den Interpellationen, dem Marokkoabkommen und dem Budget. Der Abgeordnete Buyzier wird einen Gesetzentwurf einbringen, der beantragt, ein Spezialunterstaatssekretariat für Afrika zu gründen, das dem Kolonialministerium unterstellt würde.

In der Deputiertenkammer waren gestern zahlreiche Abgeordnete erschienen. Die Unterhaltung in den Wandelgängen drehte sich natürlich um das deutsch-französische Abkommen und um die Rede des **Ministerpräsidenten Caillaux**. Es bestätigt sich dabei, daß das Abkommen in der Kammer eine starke Mehrheit finden wird. Die Regierung wird der Kammer vorschlagen, sofort die Budgetdebatte in Angriff zu nehmen und die Verhandlungen über das deutsch-französische Abkommen um zehn bis vierzehn Tage zu verschieben, bis sie mit der Abstimmung über das Ratifikationsgesetz verbunden werden können. Es ist nach dem guten Eindruck, der allgemein vorherrscht, ziemlich sicher, daß dieser Vorschlag der Regierung auf lebhaften Widerspruch stoßen wird. Einige Abgeordnete wünschen Aufklärung über die Stelle, wo Herr Caillaux von der Möglichkeit einer weiteren Regelung der Gebietsverhältnisse in Zentralafrika gesprochen hat, aber die Freunde Caillaux versichern, daß diese Stelle keineswegs das französische Publikum mit irgendwelcher Unruhe habe erfüllen sollen, sondern daß sie vielmehr nach Berlin, London und Brüssel gerichtet gewesen sei, wo man wisse, daß dem deutsch-französischen Abkommen noch eine Auseinandersetzung über die zukünftige Abgrenzung der Einflußgebiete nicht nur am Tschadsee, sondern auch am Kongo folgen solle. In den jetzt angeschlossenen Verhandlungen habe Deutschland besonderen Wert auf diesen Punkt gelegt. Herr Caillaux hat, wie die ihm nahestehenden Politiker versichern, diese Versicherung zu dem Zweck abgegeben, daß man in Berlin über seine Entschlossenheit, die Diskussionen über die Angelegenheit fortzusetzen, keinerlei Zweifel hegen möge.

Italien hat dem Abkommen seine Zustimmung erteilt.

Kurze Chronik.

Der Kaiser begab sich heute früh um 8 Uhr 15 Min. von der Station Wildpark aus mittels Sonderzuges zur Hofjagd nach der Göhrde.

Die französische Regierung hat beschlossen, an der neuen Taraverordnung noch vor ihrem Inkrafttreten am 1. Januar 1912 Abänderungen vorzunehmen, durch die den vom Auslande erhobenen Beschwerden Rechnung getragen werden soll.

Bei Haussuchungen, die in verschiedenen Stadtvierteln von Riga bei Arbeitern vorgenommen wurden, sind acht Mausergewehre, 80 Revolver und Dolche sowie 15 000 Patronen und verschiedene Sprengstoffe beschlagnahmt worden.

* Der zum Gouverneur der chinesischen Provinz Schansi ernannte General Wu ist von Mandschus ermordet worden.

* Näheres im Text des Blattes.

Streik der Eisendreher bei Borsig.

Eine Verschärfung des Kampfes in der Berliner Metallindustrie.

Der Verband der Berliner Metallindustriellen hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, die Arbeitsvermittlung für alle Metallarbeiter bis auf weiteres aufzuheben. Der Arbeitsnachweis der Metallindustriellen in der Wusterhausener Straße ist geschlossen. Nach eingezogenen Informationen werden nicht einmal die Arbeiter in neue Arbeitsstellen vermittelt, die von einer, dem Verband angehörigen Firma eine Einstellungskarte haben. Welchen Zweck der Schluß des Arbeitsnachweises haben soll, kann nur in Rücksicht auf den Streik der Former und Gießereiarbeiter erklärt werden. Danach haben die Metallindustriellen die Absicht, den Kampf, der schon über vier Wochen in aller Ruhe geführt wird, auf ein anderes Gleise zu bringen. Die im Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter haben diesen Beschluß der Arbeitgeber mit einem Gegenschlag beantwortet. In dem Betrieb des Vorsitzenden des Industriellenverbandes, des Kommerzienrats v. Borsig, haben die Dreher beschlossen, die Arbeit niederzulegen. Eine Versammlung dieser Berufsgruppe, die in der Nacht vom Montag zum Dienstag in Tegel stattfand, nahm zu den Vorgängen im Betrieb Stellung. Infolge Gußmangels sah sich die Firma genötigt, Arbeiterentlassungen vorzunehmen. Die Direktion befolgte dabei die Taktik, zuerst die Funktionäre des Metallarbeiterverbandes zu entlassen. Da die übrigen Arbeiter mit einer derartigen Taktik nicht zufrieden waren, beauftragten sie den Arbeiterausschuß, bei der Direktion vorstellig zu werden. Herr Direktor Paschke gab dem Arbeiterausschuß die Antwort: „Krieg ist eben Krieg, und dabei befolgen wir die Taktik, die uns behagt." Die Versammlung der Dreher beschloß deshalb, weiteren Maßregelungen der Verbandsfunktionäre dadurch entgegenzutreten, daß die Arbeit am Dienstag geschlossen niederzulegen sei. Dieser Beschluß ist von den 200 in Frage kommenden Drehern einmütig durchgeführt worden. Da die Dreherei der wesentlichste Teil des Betriebes neben der Gießerei ist, wird dadurch der Borsigsche Riesenbetrieb nahezu stillgelegt.

Der Lohnkampf in der Tabakindustrie. Ein Telegramm aus Bremen meldet uns: Da die in einen Sympathiestreik für die ausständigen Tabakarbeiter in Westfalen und Lippe eingetretenen Arbeiter der hiesigen Tabakfabriken die Arbeit bis zum 4. d. M. nicht wieder aufgenommen haben, ist sämtlichen organisierten Arbeitern der nicht streikenden Firmen gekündigt worden, um sie nach 14tägiger Frist zu entlassen beziehungsweise auszusperren. Daraufhin haben die gekündigten organisierten Arbeiter die Arbeit sofort niedergelegt. Die Zahl der Ausständigen ist ziemlich groß.

Die Blockniederlage in Breslau. Der konservativ-klerikale Angriff auf das Breslauer Landtagsmandat des fortschrittlichen Abgeordneten Dr. Ehlers ist, wie wir schon kurz im letzten Morgenblatte gemeldet haben, glänzend abgeschlagen worden. Wie bekannt, hatte das Abgeordnetenhaus in der Wahlprüfung die nur geringe Majorität der liberalen und sozialdemokratischen Wahlmännerstimmen soweit reduziert, daß den 823 konservativ-klerikalen Wahlmännern nur noch 813 liberale und sozialdemokratische gegenüberstanden, und infolgedessen die Wahl des Abgeordneten Dr. Ehlers für ungültig erklärt. Für die Nachwahl waren nun gestern 230 Wahlmänner neu beziehungsweise in Ersatz zu wählen; dabei haben gegenüber der vorigen die Liberalen 88 und die Sozialdemokraten 7 Wahlmänner gewonnen. Infolgedessen beträgt jetzt die Zahl der Wahlmänner für Dr. Ehlers 853 (499 liberale und 354 sozialdemokratische), während die vereinigten Konservativen und Zentrum jetzt nur noch 790 Wahlmänner haben. Die Wiederwahl von Dr. Ehlers ist also gesichert.

Gesetz über die Haftpflicht der Eisenbahnen. Der Vorentwurf über eine reichsgesetzliche Regelung der Haftpflicht der Eisenbahnen für Sachschäden war vor einiger Zeit den in Betracht kommenden Bundesstaaten zur Kenntnisnahme und Rückäußerung zugestellt worden. Wie wir erfahren, sind nunmehr die Antworten der Einzelregierungen bei dem zuständigen Reichsressort eingegangen, so daß demnächst mit der Aufstellung eines endgültigen Gesetzentwurfes begonnen werden kann. Nach Lage der Dinge ist daher zu erwarten, daß eine Vorlage über die Haftpflicht dem neugewählten Reichstage in seiner ersten Sitzungsperiode zugehen wird. In dem Entwurf ist eine umfassende Regelung der Haftpflichtmaterie vorgenommen, und sowohl für die Personenschäden, wie auch für Sachschäden sind reichsgesetzliche Bestimmungen vorgesehen, für die dieselben Voraussetzungen maßgebend sind. Für die Haftung der Straßenbahnen dürften die Grundsätze des Automobilgesetzes maßgebend sein, die eine mildere Handhabung als die des Reichshaftpflichtgesetzes vorsehen, das für Bahnen mit eigenem Bahnkörper Gültigkeit hat.

Die Italiener in der Klemme.

Eingreifen der Mächte?

Die fortwährenden italienischen offiziösen Versicherungen, daß sich die Position der in Tripolis gelandeten italienischen Truppen von Tag zu Tag verbessere, und daß diese von Erfolg zu Erfolg schreiten, scheinen selbst in der italienischen Presse nicht mehr rechten Glauben zu finden. Von unparteiischer Seite wird dagegen behauptet, daß die Lage der italienischen Truppen in Tripolis eher alles andere als günstig genannt werden kann. Man bringt damit auch die von uns bereits in der Morgennummer gemeldete Abfahrt des amerikanischen Kreuzers „Chester" von Malta nach Tripolis in Verbindung. Auch englische Kriegsschiffe sollen zur Abfahrt von Malta nach Tripolis bereit sein. Telegraphisch wird uns berichtet:

Die Italiener in Tripolis eingeschlossen?

London, 7. November.

Der Korrespondent des „Standard" meldet aus Malta, er habe von der englischen Admiralität in der letzten Nacht die Nachricht erhalten, daß **die Lage der italienischen Garnison äußerst kritisch geworden ist.** Britische Kriegsschiffe werden im Hafen von Malta bereit gehalten, um sofort nach Tripolis abzugehen, sobald die Türken sich der Stadt bemächtigen sollten, da man Metzeleien durch die Araber fürchtet, als Antwort auf die Greueltaten der Italiener. Es geht das Gerücht, daß General Caneva seines Postens als Oberkommandant enthoben worden ist. Die Türken sollen in der Umgebung von Tripolis **große Streitkräfte angesammelt** haben und **einen entscheidenden Angriff auf die Stadt vorbereiten.** Die italienischen Verluste bei den letzten Gefechten sind größer gewesen, als bis jetzt offiziell zugegeben wird. Die Hospitäler sind überfüllt. **Die Cholera nimmt eine schreckenerregende Ausdehnung an.**

Der „Standard" meldet weiter, das Resultat der Angriffe, die die vereinigten Türken und Araber auf Tripolis machten, ist, daß **den Italienern schwere Verluste** beigebracht wurden, und daß sie **nunmehr in der Stadt eingeschlossen** sind. Die Oase bei Sidi Ben Mansor, in der sich die **grauenvollen Arabermassakers** abspielten, ist **von neuem durch türkische Truppen besetzt** worden. Die wichtigste Eroberung ist jedoch die **Besetzung der Brunnen von Bumeliana, wodurch den Italienern in Tripolis die Wasserzufuhr abgeschnitten ist.** Sie sind jetzt gezwungen, Trinkwasser von den Schiffen im Hafen herbeizuschaffen, was unmöglich wird, sobald Sturm eintritt.

Die Vereinigten Staaten wollen intervenieren?

New-York, 7. November.

Der nach Tripolis beorderte amerikanische Kreuzer „Chester" hat die Aufgabe, Klarheit in die widersprechenden Nachrichten über die Haltung der türkischen und italienischen Truppen zu bringen. Staatssekretär Knox wird mit den europäischen Kabinetten in Fühlung treten zwecks einer **Intervention zwischen Italien und der Türkei.** Die Regierung der Vereinigten Staaten wünscht natürlich nicht eine Komplikation in ihren Beziehungen mit den kriegführenden Mächten herbeizuführen und will deshalb die Ansicht der europäischen Mächte einholen.

Athen, 7. November.

Nach hier eingelaufenen Meldungen **kreuzen im Mittelmeer englische und französische Kriegsschiffe.**

Türkische Berichte.

Konstantinopel, 7. November.

Der Emir Ali Pascha, das Familienhaupt der früheren Fürsten von Algier, die im Einverständnis mit der Türkei aus Algerien verbannt worden waren, ist aus seinem bisherigen Wohnsitz Damaskus hierher berufen und bereits dreimal vom Sultan empfangen worden. Es verlautet, daß er als Abgesandter des Kalifen und Vertreter des Sultans nach Tripolis gehen soll. Ein Telegramm Rahmi Beis an den „Tanin" aus Tripolis meldet, die Italiener müßten gegenüber dem wilden Angriff der Türken nicht mehr, was sie machen sollten. Eine Ecke der Stadt sei bereits im Besitze der Türken.

Konstantinopel, 7. November.

Obersl Neschad meldet unterm 4. d. M. aus Tripolis: Wir unternahmen heute einen **Sturm**, der für **die Italiener durchaus unglücklich ausgefallen** ist. Die Italiener hatten **300 Tote und ebenso viele Verwundete.** Unter den Toten befinden sich viele Offiziere. Während des Sturmes bombardierten die Kriegsschiffe unausgesetzt unsere Stellungen, so daß wir uns in die von uns eroberten Kasernen zurückziehen mußten. Die dort gefundenen Waffen sowie große Vorräte an Lebensmitteln tun uns große Dienste.

Die Kämpfe in Derna.

Konstantinopel, 7. November.

Der Minister des Innern teilte gestern abend Journalisten ein amtliches Telegramm mit, in dem berichtet wird, daß in der Nacht zum 23. Oktober ein Bataillon türkischer Infanterie